

Klare Botschaft

Auch Staaten können protestieren. Manchmal sind diese Einsprüche erfolgreich, oft sind sie eher hilflos – ein kleiner diplomatischer Exkurs

Text: Wulf Schmiese

→ Wenn ein Staat wirklich sauer ist auf einen anderen Staat, dann kann er protestieren. Großbritannien hat kürzlich gezeigt, wie das geht: Es hat den libyschen Botschafter und seine Mitarbeiter einfach aus dem Land geworfen. Die britische Regierung hat Gaddafis Botschafter zur Persona non grata und auch jeden seiner Diplomaten zur unerwünschten Person erklärt. Es blieben ihnen dann nur noch ein paar Tage, um ihre Kisten zu packen und One-way-Tickets nach Tripolis zu buchen.

Keiner dieser Libyer hatte etwas Unerlaubtes getan. Aber die Regierung des Diktators Gaddafi, der sie diente, führte gegen die Aufständischen im eigenen Land Krieg. Dagegen hatte der britische Staat protestiert. Er wollte das Gaddafi-Regime und somit seine Gesandten nicht mehr akzeptieren. London erkannte stattdessen den Übergangsrat der Rebellen als rechtmäßigen Vertreter Libyens an. Durch derlei Aberkennung wie auch Anerkennung können Staaten ihren Protest ausdrücken.

Deutschland wollte nicht ganz so weit gehen. Es wies den libyschen Botschafter nicht aus, Außenminister Guido Westerwelle bestellte ihn in Berlin ins Auswärtige Amt ein. Er bekam dort von einem deutschen Diplomaten gleichen Ranges einen Brief überreicht, eine sogenannte Verbalnote, in der Deutschland seine Sorge über das Verhalten der Gaddafis ausdrückte. Auch der syrische Botschafter wurde ins Berliner Außenministerium zitiert und zwar mehrfach, weil sein Herrscher daheim die Demonstranten niederknüppeln ließ. Auch für ihn gab es Protestworte zur

Weiterleitung an seine Regierung. Und wie immer, wenn ein Land gegen irgendetwas protestiert, wurde das auch diesmal öffentlich verkündet. Das soll zeigen: Wir kümmern uns, wir machen Druck.

Doch wie dieser Druck aufgebaut wird, ist international nicht geregelt. Das viel zitierte Völkerrecht ist nämlich kein Gesetzbuch, sondern lediglich ein Überbegriff für alle einzelnen überstaatlichen Vereinbarungen – bis hin zur Charta der Vereinten Nationen. Darin gibt es den formalen Protest zwar als Mittel. Aber jeder Staat kann selbst entscheiden, ob und wie scharf oder milde er protestieren will. Es gibt keine allgemeingültige Eskalationsleiter, die ein Staat mit wachsender Empörung Stufe um Stufe hochklettern könnte. Traditionell beginnt der Protest jedoch auf der Ebene der Botschaften. Es gibt aber nicht einmal da Regeln, ob nun schriftlich oder mündlich protestiert wird. So kann es schon Protest sein, wenn der deutsche Botschafter in Minsk oder Moskau einen russischen Menschenrechtler empfängt.

Woher nehmen sich Staaten das Recht, überhaupt gegen andere zu protestieren? Sie dürfen das dem Völkerrecht nach, wenn sie die Menschenrechte oder den Frieden gefährdet sehen. Und Staaten können im-

mer protestieren, wenn sie sich direkt bedroht fühlen; wenn ihr Volk angegriffen oder die Grenze verletzt wurde. Als Truppen des Warschauer Pakts 1968 den sogenannten Prager Frühling niederwalzten, war die Protestnote die einzige, verzweifelte Gegenwehr: „Die Regierung der Tschechoslowakei protestiert auf das Entschiedenste gegen diesen Akt.“ Mehr konnte sie nicht tun. Über 20 Jahre später, im Wendejahr 1989, protestierte die Bundesrepublik Deutschland gegen die Tschechoslowakei. Tausende DDR-Bürger suchten Zuflucht in der bundesdeutschen Botschaft in Prag. Tschechische Polizisten versuchten sie aufzuhalten: „Deutsche Staatsangehörige am Betreten der Botschaft zu hindern ist für die Bundesregierung inakzeptabel“, hieß es in der Bonner Protestnote. Sie zeigte Wirkung: Außenminister Genscher konnte den Tausenden Botschaftsflüchtlingen später vom Botschaftsbalkon aus verkünden, „dass ihre Ausreise genehmigt ist“.

Als 1961 die Mauer gebaut wurde, hieß es in einer amerikanischen Protestnote an Moskau: „Die Regierung der Vereinigten Staaten protestiert feierlich gegen die Maßnahmen, für die sie die sowjetische Regierung verantwortlich macht. Die Regierung der Vereinigten Staaten erwartet, dass die sow-



Manchmal sind Gespräche unter Diplomaten so heikel, dass selbst der Kellner besorgt schaut

jetische Regierung diesen illegalen Maßnahmen ein Ende setzt.“ Schwächer hätte ein Protest nicht klingen können, während ein Teil eines Volkes eingemauert wurde. Die USA hatten tatsächlich nur pro forma protestiert. Sie zogen es vor, den Frieden mit der Sowjetunion zu wahren.

Als wie stark ein Protest empfunden wird, hängt immer von den Beziehungen zwischen den jeweiligen Ländern ab. So hat der König von Saudi-Arabien kürzlich im arabischen Fernsehen gesagt: „Was in Syrien stattfindet, ist inakzeptabel.“ Er rief seine Nachbarregierung dazu auf, „die Todesmaschinerie zu stoppen und das Blutvergießen zu beenden“. Ähnliches hatten europäische Politiker längst gesagt, doch wenn der mächtigste Monarch Arabiens zu den direkten Nachbarn so spricht, gilt sein Protest als viel schärfer.

Das heftigste Protestmittel ist der Krieg

Um mit dem Protest hinterher nicht allein in der Pflicht zu stehen, starken Worten auch Taten folgen zu lassen, protestieren Staaten gern gemeinsam. Das nennt man dann Protest auf multilateraler Ebene. Auf Gipfeltreffen zu ganz anderen Themen geben Staaten zuweilen eine gemeinsame Erklärung ab gegen Vorgänge in einem anderen Land, die ihnen nicht passen. So hat die Arabische Liga Libyen und Syrien ermahnt. Die EU hat das auf ihren letzten Gipfeltreffen auch getan.

Selbst auf Wirtschaftsgipfeln wird protestiert, etwa gegen die Weigerung Irans, Atominspektoren ins Land zu lassen. Dann wird sogar gedroht: Wenn ihr unseren Protest nicht ernst nehmt, werden wir Sanktionen aussprechen und mit euch nicht mehr handeln! Im Rahmen der Vereinten Nationen, etwa im Menschenrechtsrat, kann Protest zur Sprache gebracht werden in Statements und eigens einberufenen Sitzungen. Sind sich alle einig in ihrem Protest, kann auch eine Resolution der UN-Generalversammlung verabschiedet werden. Zeigt auch dieser Protest im Namen der ganzen Welt keine Wirkung gegen ein Land, dann kann das heftigste staatliche Protestmittel die Folge sein: Krieg. ←

Protest, der es nicht ins Heft geschafft hat



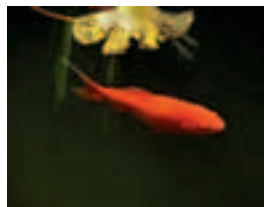
Spektakuläre Bilder

Man kennt das ja aus dem Fernsehen. Da gehen Polizisten bei einer Aktion der Polizeigewerkschaft in Uniform baden, um zu symbolisieren, dass ihnen das Wasser bis zum Hals steht. Umweltschützer lassen gigantische Eisblöcke vor dem Brandenburger Tor schmelzen, um auf den Klimawandel aufmerksam zu machen. Und Tierrechtsaktivisten schmieren sich größtenteils nackt mit Kunstblut ein und lassen sich dann in überdimensionierten Fleischverpackungen in der Fußgängerzone ausstellen. Professionell Protestierende versuchen möglichst spektakuläre Bilder für Fotografen und Kameraleute zu inszenieren, die Aktion vor Ort ist im Grunde nicht mehr für Passanten, sondern nur noch für Journalisten gemacht. Das Blöde ist nur, dass ein Heft mit 50 Seiten schnell gefüllt ist. Für unsere Fotostrecke zu diesem Thema gab es am Ende einfach keinen Platz.



Die andere Seite

Mit der Polizei ist das ja so eine Sache, wenn man als Journalist ein Anliegen hat. Oft hat man das Gefühl, dass es wesentlich leichter ist, mit Mördern und anderen Verbrechern ein Interview zu arrangieren. Wir wollten eigentlich nur zeigen, dass Polizisten einen ganz schön harten Job machen, wenn sie ständig irgendwelche Demonstrationen absichern müssen (und dabei womöglich auch noch angepöbelt werden). Wir hatten die Idee, einen Fotografen mitzuschicken, der sie einen Tag lang begleitet, aber die Pressestelle fand das gar nicht gut. Zu unsicher, hieß es. Zu viel Aufwand, zu viel Risiko. Und auch an einem Demonstrationstraining der Polizei wollte man uns nicht teilnehmen lassen.



Enten-Demo, Fische-Aufstand

Noch eine kuschelige Tiergeschichte im Heft zu haben wäre ja schön gewesen. Und so haben wir uns den Kopf darüber zermartert, wie man noch ein paar possierliche Tiere ins Blatt bekommt: Ein Autor erinnerte uns an den Protest der Boulevardpresse gegen den Umzug der Berliner Reiterstaffel der Polizei nach Brandenburg - oder den von Kampfhundbesitzern, die ihren Hunden wegen eines drohenden Zuchtverbots Davidsterne anstecken wollten - wie im Dritten Reich den Juden. Geschmackloser geht's nicht. Dann schon eher was über Demonstrationen gegen Massentierhaltung oder Tierversuche. Aber, wie gesagt, wir wollten ja eher was Possierliches. Eine Ameisendemo gegen die Mountainbiker im Wald. Ein Goldfischaufstand für mehr Platz im Glas. Eine Hausbesetzung durch heimatlose Hunde. Ein Katzenhungerstreik für mehr Futter. Ja, ja, wir hören ja schon auf.